



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die preußische Regierung und der ländliche Arbeitermangel. Die von den Vertretern der preußischen Regierung bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Anträge Szmulka und Gamp über den Arbeitermangel auf dem Lande am 10. und 11. Februar abgegebenen Erklärungen sind in der Tagespresse je nach dem Standpunkte der verschiedenen Parteien besprochen worden. Bei der Wichtigkeit der Sache und der Stellung der preußischen Regierung zu ihr erscheint es nützlich, sie hier nochmals zusammenfassend zu betrachten. Wir behalten uns dabei vor, den Thatbestand des Arbeitermangels selbst an der Hand der vorläufig allein vorhandenen zuverlässigen Aufschlüsse, der Berufsstatistik, besonders zu beleuchten, und begnügen uns wegen dieser doch vor allem wichtigen Vorfrage heute mit dem Hinweis auf die in hohem Grade befremdliche Erscheinung, daß es weder von den Antragstellern noch von den Regierungsvertretern für der Mühe wert gehalten worden ist, die Ergebnisse der mit so großen Kosten durchgeführten Berufszählungen von 1882 und 1895 — die von 1895 hat etwa drei und eine halbe Million Mark verschlungen — auch nur mit einem Blick zu streifen. Dabei sind doch diese Zählungen gerade dazu bestimmt, für die Beantwortung von Fragen, wie der hier vorliegenden, die ersten und unerläßlichsten Unterlagen zu schaffen, und wenn irgendwo, so mahnen ihre Ergebnisse gerade hinsichtlich der Landflucht zur Vorsicht im Urteil. Es genügt hier hervorzuheben, daß sich in ganz Preußen die Zahl der mit ihrem Hauptberuf in der Landwirtschaft erwerbsthätigen Personen, auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche berechnet, von 1883 bis 1895 von 19,86 auf 20,05, das ist um 0,19 gehoben hat, und daß selbst die Zahl der männlichen Personen dieser Art, z. B. in Pommern, nur um 0,23, in Brandenburg und Westpreußen um 0,55, freilich in Ostpreußen um 1,45 zurückgegangen ist. *) Wenn nichts anderes, so beweisen diese Zahlen wenigstens das eine, daß die Leutenot unter keinen Umständen allein auf die Behauptungen der agrarischen Interessenvertreter hin allgemein als erwiesen angesehen werden darf, sondern daß die Regierung gerade in dieser Frage, über den Interessen stehend, dort die Wahrheit zu suchen hat, wo sie gesagt wird.

Herr von Miquel hat sich als Vertreter der Gesamtregierung namentlich am 10. Februar in längerer Rede zur Sache geäußert, und zwar in sehr charakteristischer Weise, sowohl in Bezug auf das, was er gesagt, wie was er nicht gesagt hat. Er begann mit dem an sich durchaus berechtigten Hinweise darauf, daß der behauptete Notstand, wenigstens in der heute zu beklagenden Schärfe, voraussichtlich nur vorübergehend sein werde. Was die von ihm dabei hervorgehobne Annahme, der intensivere Betrieb vergrößere für die Landwirtschaft den Bedarf an Arbeitern überhaupt, und insbesondere den an Saisonarbeitern, mit der Hoffnung, die Leutenot werde sich mildern, zu thun hat, ist freilich nicht zu sehen. Um so mehr wäre es angezeigt, die vom Redner in zweiter Linie erwähnten Eisenbahnbauten — aber doch wohl namentlich die im Osten, die ohne Aussicht auf irgend welche Verzinsung

*) Bei der Berechnung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, und zwar besonders der männlichen, darf man natürlich nicht nur die „Arbeiter“ im Unterschiede von den „Selbständigen“ in Ansatz bringen, schon weil drei Viertel der landwirtschaftlichen Flächen noch nicht fünf Hektar groß sind, also für männliche Hilfspersonen in der Regel keine Verwendung haben.

lediglich in agrarischem Interesse und auf agrarisches Drängen hin unternommen worden sind — so lange zu vertagen, bis ein wirkliches Verkehrsbedürfnis vorliegt. Allein gerade diese an sich sehr wohl mögliche Vinderung der augenblicklichen Leutenot erklärte Herr von Miquel in der Hauptsache für unthunlich. Dem Drängen auf schnelle Herstellung der Eisenbahnen könne die Regierung nicht widerstehen. Daß dieses Drängen im Osten ganz wesentlich von Agrariern ausgeht und an sich nicht dringliche Bauten betrifft, sagte er nicht, und daß dieses Drängen in engem Zusammenhange steht mit der leider Gottes sich seit Jahr und Tag wieder kräftig regenden unglückseligen Güterspekulation und Bodenpreistreiberei, das sagt er erst recht nicht. Es ist gar keine Frage, daß man durch die agrarischen Eisenbahnbauten in den Ostprovinzen den Arbeitermangel ganz unnötig und sehr zur Unzeit verschärft. Die Rittergutsbesitzer und Großbauern, die von den neuen Eisenbahnen eine Steigerung des Verkaufspreises ihrer Güter mit Recht erwarten können — die bekannten „Dümmern,“ auf die man hier beim Güterhandel spekuliert, fallen auf nichts leichter hinein als auf den „direkten Bahnanschluß,“ wenn sie auch für die Dauer nichts davon haben —, verschmerzen die Steigerung der Leutenot leicht und kümmern sich wenig um die Dörfer, denen die neuen Bahnen keinen Vorteil bringen, aber die Arbeiter entziehen.

Ganz besonders aber hätte Herr von Miquel hervorheben können, daß voraussichtlich das Tempo, worin bisher von der Industrie die Arbeitskräfte vermehrt worden sind, bald langsamer werden, und damit, wenn auch nicht ein Rückstrom der Arbeiter von der Industrie zur Landwirtschaft, der auch gar nicht erwünscht wäre, eintreten, so doch ganz von selbst allen vernünftigen Bestrebungen, die Arbeiter an die ländliche Heimat und Arbeit zu „fesseln,“ die wirksamste Förderung zu teil werden wird. Wir haben mit einer Pause im Fortschritt der industriellen Produktion und nicht minder in der Entwicklung von Handel und Verkehr in naher Zukunft sicher zu rechnen; gebe der Himmel, daß sie nicht zum ausgesprochenen Rückschritt wird. Die Regierung aber hat die Pflicht, darauf Bedacht zu nehmen, gerade bei der Beurteilung der gegen den angeblich allgemeinen Arbeitermangel verlangten Abhilfemaßregeln, unter denen die vermehrte und dauernde Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte eine hervorragende Rolle spielt.

Die von Herrn von Miquel sodann besprochne Schwierigkeit, in den Großstädten — denn nur um diese kann es sich dabei handeln — Mädchen aus Arbeiterfamilien von vierzehn bis sechzehn Jahren im Gefindedienst statt in der Industrie zu beschäftigen, hatte mit der zur Debatte stehenden Frage nichts zu thun. Es wäre gerade bei diesem Redner von Interesse, zu untersuchen, was er damit wollte. Hier müssen wir das beiseite lassen. Nur dazu möchten wir unter Hinweis auf unsre wiederholt in den Grenzboten dargelegte Überzeugung die vollste Zustimmung aussprechen, daß es hohe Zeit ist, der weitem Überhandnahme einer tatsächlich schon übermäßigen Angebundenheit der jugendlichen Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts mit Einschluß der Dienstboten energisch entgegenzutreten. Die Vereinsthätigkeit reicht nicht aus, die von den Eltern vielfach leichtfertig und gewissenlos aufgegeben Aufsicht und Fürsorge zu ersetzen. Aber auch das ist eine vorwiegend städtische Frage.

Über die unverantwortliche Verwahrlosung der jugendlichen Arbeiter in der ostelbischen Landwirtschaft hat Herr von Miquel kein Wort gesagt. Wenn er die Verhältnisse kennt, hat er sich damit einer unverantwortlichen Unterlassungssünde schuldig gemacht. Die Behandlung der Kinder und jungen Leute von vierzehn bis sechzehn Jahren und darüber hinaus in der Landwirtschaft ist in unsern Ostprovinzen

heute so, daß in ihr allein eine hinreichende Erklärung der eigentlichen Landflucht liegt. Die Schuld trifft hier, wo sie alle Macht haben, allein die Besitzer, ihre Angehörigen, ihre Vertreter, und Gott sei es geklagt, zum Teil auch „ihre“ Pastoren. Nicht Menschenliebe und patriarchalisches Pflichtgefühl beseelt die Herren, sondern ausgesprochene Gleichgiltigkeit, kaufmännische Berechnung, unchristliche Überhebung und vielfach rohe Lieblosigkeit. Die erfreulich zahlreichen Ausnahmen, wo sich die „gnädige“ Gutsherrschaft mit vom Herzen kommender und die Herzen gewinnender, wahrer, uneigennütziger Liebe der jugendlichen Arbeiter und der „Hofkinder“ annimmt, beweisen am besten die Berechtigung des schwereren sozialen Vorwurfs, den wir soeben ausgesprochen haben. Die Provinzen stehen sich auch nicht gleich. Die Verhältnisse in Pommern, auch wohl in der Mark, sind im allgemeinen besser als in den übrigen Ostprovinzen. Die agrarische Agitation hat auch in dieser Beziehung die Gewissen verhärtet, die Gemüter verroht. Das möge sich auch Herr von Wangenheim gesagt sein lassen, wenn wir ihm auch gern glauben, daß es ein wahrhaft christliches Liebeswerk ist, daß seine Angehörigen Sonntags mit den „Dorfjören,“ wie er sagte, spielen. Wir haben solche Veranstaltungen leider auch in nicht geringer Zahl kennen gelernt, bei denen die rechte Menschenliebe fehlte, und die deshalb mehr schadeten als nützten. Oft ist auch Mangel an persönlicher Veranlagung für dergleichen Spiele der Grund, daß sie keinen guten Erfolg haben. Sie sollen dann besser unterbleiben. Eine Schablone giebt's hier nicht, und auch nicht Rezepte für Wohlfahrtspflege auf dem Lande wie Rezepte im Kochbuch. Es kommt alles auf den Geist und den guten Willen an, und an dem fehlt es, der ist heute verderbt und verkommen, wie er es seit Generationen nicht war. Jeder Gedanke an eignes Verschulden und an eigne Pflicht liegt den „herrschenden Klassen“ im Osten ferner als jemals, obgleich die Fehler und Sünden zum Himmel schreien. Wir wollten gern die Probe aufs Exempel machen. Möge jeder landwirtschaftliche Kreisverein in Ostpreußen die Pflichten der Gutsherrschaften gegen die jugendlichen Arbeiter und überhaupt gegen den Arbeiterwachstums auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung setzen. Kann Herr von Miquel auch nur einen Augenblick daran zweifeln, welche Anschauungen — wenn die wirklichen, wahren Anschauungen der Vereinsmitglieder ausgesprochen würden — dabei nur zum Vorschein kommen könnten? Der schroffe manchesterliche Egoismus, die unduldsame Selbstgerechtigkeit, die heute die große Mehrheit gerade in dieser Frage beherrscht, gab ja auch den Debatten des Abgeordnetenhauses über sie ihr charakteristisches Gepräge.

Die Herren wollen von ihrer eignen Schuld nichts wissen, ja sie wissen wirklich nichts mehr davon. Dem Einzelnen kann das unter Umständen zur moralischen Entlastung gereichen, und wir sind weit entfernt, das nicht in weitem Umfange anzunehmen. Aber wo eine solche Entartung der sozialen Gesinnung eingerissen ist, da hat doch die Regierung vor allem die Pflicht, die Entarteten wieder zur Besinnung und Vernunft zu bringen, zumal wenn, wie das hier der Fall ist, sie selbst durch ihr Verhalten dazu beigetragen hat, daß die Entartung diesen Grad erreicht hat.

Herr von Miquel hat aber zum Schluß seiner großen Rede am 10. Februar den ostelbischen Landwirten wiederum als das, worauf doch alles ankomme, den starken Schutz gegen das billiger produzierende Ausland, d. h. höhere Agrarzölle, bezeichnet. Die ehrliche Geschichtschreibung der ostpreussischen Landwirtschaft wird ihm dereinst dafür das verdiente Urteil sprechen, mögen ihm auch heute die in Selbstgerechtigkeit und manchesterlicher Lieblosigkeit befangenen Agrarier, wie es ja gar nicht anders sein kann, mit frenetischem Beifall zujubeln.

Was die einzelnen Vorschläge der agrarischen Anträge betrifft, so hat Herr von Miquel, was wir mit Genugthuung begrüßen, die Einführung der KonzeSSIONspflicht für die Gefindemakler in Aussicht gestellt. Von der weiter verlangten Bestrafung des Kontraktbruchs erwarten wir unter den heutigen Verhältnissen auf dem Lande keine den Frieden und die Sefthastigkeit fördernde Wirkung, auch nicht wenn er auf die Erntearbeit eingeschränkt würde, was Herrn von Miquel annehmbar zu sein schien. Nur eine über den Interessen stehende, von Liebe zu den Arbeitern beseelte Macht könnte dieses zweischneidige Schwert ohne Schaden führen. Wo ist die aber in der Verwaltung und der Selbstverwaltung der Ostprovinzen heute zu finden? Man sorge nur dafür, daß die Streikfreunde und Koalitionsschwärmer nicht auch in Deutschland bei den Erntearbeitern die Hebel ansetzen, um die Segnungen ihrer Theorien auch dem platten Lande zu teil werden zu lassen. Strafen sind gegen die sozialistische Versuchung ein schlechtes Desinfektions- und Immunisierungsmittel, zumal in der Hand der Agrarier. Die Sozialdemokratie ist von der Landwirtschaft im Osten nur fern zu halten durch die Hebung der sozialen Gesinnung der Arbeitgeber, die hier auch die Handhabung der staatlichen Zwangsmittel beherrschen. Die innere Kolonisation hat Herr von Miquel, wie nicht anders zu erwarten war, warm befürwortet, aber in seiner Weise. Einmal hat er sich auf das allerentschiedenste dagegen verwahrt, daß Staatsmittel für diesen Zweck aufgewendet würden. Wenn ihn hier der Finanzminister in den Nacken schlug, so war das wohl nicht allzu ernst zu nehmen. Viel ernster und im höchsten Grade zu beklagen dagegen ist es, daß er immer noch an der Mörserschen Phantasie festhält, nur durch Rentengüter und gebundenen Grundbesitz eine sefhaste Landarbeiterschaft im Osten schaffen und „fesseln“ zu können. Wir halten keineswegs eine unbeschränkte Parzellierungsfreiheit für wünschenswert und schwärmen am wenigsten für die Zwergwirtschaften, wie sie in einigen Teilen, namentlich Württembergs, der landwirtschaftlichen Bevölkerung zum Fluch geworden sind. Man möge es bei der Besiedlung der Ostprovinzen, wo diese überhaupt angebracht ist, doch einmal mit dem sächsischen System versuchen oder mit sonst welchen Maßregeln gegen übertriebene Parzellierungen. Nur sorge man vor allem nicht für recht viele kleine freie „Stellen,“ sondern auch für die nötigen, „walzenden, d. h. bewegliche, kleine, frei teilbare Grundstücke in jeder Gemarkung, damit die an die Heimat gefesselten Arbeiter die Möglichkeit haben, durch Fleiß, Sparsamkeit und Intelligenz zu selbständigen Wirten zu werden, d. h. sich den Fesseln des „Hofedienstes“ zu entziehen. Nur so wird man zum rechten Ziel gelangen, aber wenn die Fesselung an den Hofedienst vom Vater auf den Sohn der Hauptzweck ist, dann werden wir trotz aller Liebe zu unsrer ostelbischen deutschen Heimat auf dem platten Lande die ersten sein, die den deutschen Arbeitern abraten, auf den Leim zu gehn. Es ist wahrhaftig zum ärgern, wenn man sieht, daß die so erwünschte innere Kolonisation im Osten an einer Miquelschen Liebhaberei zu scheitern droht.

Zu etwas wunderlichen Äußerungen hat bekanntlich die Abneigung der Agrarier gegen eine Hebung des Volksschulunterrichts den preußischen Landwirtschaftsminister verleitet. Wir wollen sie schon deshalb gern mit dem Mantel der Vergessenheit bedecken, weil sie den einzigen Lichtblick in der trostlosen Finsternis der ganzen Debatte hervorgerufen haben: den scharfen Protest des Vertreters des Unterrichtsministeriums gegen die gewaltig ins Kraut schießende Unmaßung der altpreußischen Reaktion auf dem Gebiete des Volksschulwesens. Herrn von Hammerstein identifizieren wir mit dieser keineswegs. Wir kennen sie besser als er, wir kennen auch die Leute, die ihm am 9. Februar so laut zugejubelt haben, in dieser Beziehung besser

als er. Die preussische Unterrichtsverwaltung, so sagte ihr Vertreter, habe alles gethan, die Volksschule zu heben, aber man solle nicht glauben, daß man die Kinder mit Scheuklappen erziehen könne. Wenn man vorschläge, die Lehrer sollten den Kindern erzählen, die Löhne seien auf dem Lande ebenso hoch wie in der Stadt, so vergesse man, daß die oberste Pflicht des Lehrers sei, den Kindern gegenüber die Wahrheit zu sagen.

Möge die preussische Unterrichtsverwaltung die Landschullehrer in der Ausübung dieser Pflicht auch fernerhin und noch viel nachdrücklicher vertreten. Das hinreichend zu thun ist sie im Osten heute noch, ja gerade gegenwärtig leider erst recht, gar nicht imstande. Wir wollen auf das Kapitel der altpreussischen Dorfschullehrer hier nicht näher eingehn. Es wird sich vielleicht später einmal dazu Gelegenheit finden. Daß das, was ein „Geheimrat“ aus dem Kultusministerium gegen agrarische Äußerungen sagt, bei den Agrariern nur die lebhafteste Empfindung des guten Rechts, seine Entfernung zu fordern, hervorrufen kann, weiß jedermann. Eine andre Wirkung ist gar nicht zu erwarten, und damit ist der ganze Erfolg der Verhandlungen hinreichend gekennzeichnet.



Litteratur

Wörterbuch der Volkswirtschaft in zwei Bänden, herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Elster. Zweiter Band. Jagd — Zwangsvollstreckung. Nachträge. Sachregister. Jena, Gustav Fischer, 1898. — Preis für das vollständige Werk broschiert 20 Mark, elegant gebunden 25 Mark

Die Rezension des ersten Bandes im vorjährigen 34. Heft der Grenzboten kam zu dem Ergebnis, daß dieses Werk zwar nicht gerade Wörterbuch der Volkswirtschaft zu heißen brauchte, daß es aber eine Menge sehr tüchtiger Abhandlungen über alle möglichen Gegenstände aus dem Gebiet der Staats- und Gesellschaftswissenschaften enthält und als ein brauchbares, dabei spottwohlfeiles Nachschlagebuch zur Ergänzung wie zum Ersatz des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften empfohlen werden kann. Besondrer Beachtung empfohlen sei der ganz kurze (noch nicht anderthalb Spalten lange) Artikel „Kathedersozialismus“ auf Seite 41. Professor Lexis zeigt darin durch eine ganz trockne Aneinanderreihung von Thatfachen, daß der von Oppenheim erfundene Spotname „Kathedersozialisten“ ebenso sinnlos und unberechtigt ist wie das seit einiger Zeit Mode gewordne Gekeife gegen die Männer, die mit jenem Spotnamen zu diskreditieren für eine That politischer Weisheit gehalten wird.

J.



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig